

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Droffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lehmenndorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 269

Sonnabend, den 19. November 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Baugenehmigungen

Es liegt erneut Anlaß vor, darauf hinzuweisen, daß bei genehmigungspflichtigen Bauten mit den Bauarbeiten nur begonnen werden darf, wenn das Baugenehmigungsverfahren abgeschlossen und der Baumerwerb endgültig die Baugenehmigung erhalten hat.

Eine „vorläufige“ Baugenehmigung oder ein Zulassen des Beginns noch nicht genehmigter Bauten auf Gefahr des Bauwerbers gibt es nicht.

Wer bauen will, muß rechtzeitig wissen, was er vorher alles zu erledigen hat, ehe er mit dem Bauen beginnen kann.

Zwischenhandelnde haben in Zukunft ausnahmslos keine Rücknahme, wohl aber neben eventueller Nichtgenehmigung, Abbruchverfügung usw., auch noch Bestrafung zu gewärtigen. Das gilt gleichermaßen für Bauherren wie für Ausführende.

Pulsnitz, am 19. November 1927.

Der Stadtrat.

Toten-Sonntag

Was ist alles Menschenwollen,
Alle Sehnsucht, alles Tun? —
Oh wir's ahnen, sinken Schollen
Auf den Sarg, in dem wir ruhn.
Und in grünen Rasenhügeln
Winkt den Kämpfern letzte Ruh.
Die gestirmt mit Sehnsuchtsflügeln
Lezten Menschheitszielen zu

Will's nicht also in den Lüften
Schluchzend und verzweifelt wehn,
Wenn wir heut' an lieben Grüften
Einsam und verlassen stehn.
Will's uns nicht das Herz erdrücken,
Daß, was auch die Liebe sammt,
Sie nur ihre Gräber schmücken
Und mit Tränen negen kann?

Wohl — wenn denen wir gehören,
Die im Geist der neuen Zeit
Sich vom alten Glauben trennen,
Ab von Gott und Ewigkeit.
Wird das Trauern an den Grüften
Nicht erhellt vom Schein des Lichts,
Wird das Schluchzen in den Lüften
Nur ein Totenfang vom Nichts!

Aber wenn wir noch im alten
Kinderglauben fest bestehn
Und in allem Schicksalswalten
Gottes letzten Ratsschluß sehn,
Weden wir, wenn wir erfassen
Niemand auch den letzten Sinn,
Gläubig uns geleiten lassen
Zu des Heilands Kreuze hin.

Und wir werden inne werden,
Daß das Grab nicht letzte Ruh,
Daß die Seele von der Erden
Aufsteigt Sonnenhöhen zu.
Daß der Tod nicht unser Ende,
Sondern nur ein Weitergehn,
Nur der Daseinsformen Wende,
Die gekrönt vom Wiedersehen!

Felix Leo Göderich

Das Wichtigste

Der erste Sowjetbotschafter in Berlin, Toffe, hat Selbstmord verübt. Der Sultan von Marokko, Moulay Yussuf, ist plötzlich in seinem Palaste in Fez gestorben.
Die Meuterer aus Mexiko berichtigt, ist ein Personenzug zwischen Puebla und Vera Cruz entgleist und hat sich dabei überschlagen. 9 Soldaten, die als Schutzwache den Zug begleiteten wurden getötet und 13 Verwundete verlegt.
In Washington wütete ein Orkan, der schweren Sachschaden anrichtete und ein Menschenleben forderte.
Aus New Orleans wird gemeldet, daß dort eine Verschwörung gegen die mexikanische Regierung aufgeföhrt worden ist. 5 Mexikaner wurden verhaftet. Große Munitionsvorräte sind auf 2 Schiffen beschlagnahmt worden.

Vertilge und sächtliche Angelegenheiten

Pulsnitz. (Zum Toten-Sonntag.) Es ist eine schöne Sitte und ein gutes Wohnheitsrecht der Landeskirche, der Landeskirchlichen Gemeinschaft und kirchlicher Vereine, am Toten-Sonntage Predigten und Flugblätter an den Türen der Friedhöfe zu verteilen, die auch gern ge-

Der Reichsbankpräsident gegen weitere Auslandsverschuldungen

Heimische Kapitalbildung statt ausländischer Kredithilfe. — Ernste Mahnung an die öffentliche Hand
Der Reichspost fehlen 100 Millionen — Der deutsche Automarkt gegen die geplante Kraftfahrzeugsteuer
Millionenfälschungen russischer Werte in Deutschland aufgedeckt — Die wirtschaftlichen Nöte des deutschen Viehhandels
General Denignes über seine Eindrücke in Deutschland

4. Bochum. Bei einer Veranstaltung der Westfälischen Verwaltungsakademie und anderer wirtschaftlicher Vereinigungen sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht über das Problem „Eigene oder geborgte Währung“.
Währungsgeld, so führte der Reichsbankpräsident aus, bedürfte zweier tragfähiger Grundlagen, einer ausgeglichenen internationalen Zahlungsbilanz und eines ausgeglichenen Staatshaushaltes. Beide Voraussetzungen seien in Deutschland gesichert. Solange wir nicht wüßten, was wir an Reparationen zu zahlen hätten, sei die Gleichgewichtslage ständig bedroht. Die Bedrohung des Staatshaushaltes sei durch den Dawesplan ausgeräumt, nicht aber die Bedrohung unserer Zahlungsbilanz. Alle Bemühungen um ausgeglichene Zahlungsbilanz würden erst dann Erfolg haben können, wenn eine tragbare Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Zahlungen feststehen wird. Wenn unsere Währung dennoch stabil gehalten sei, so sei es durch die Kredithilfe des Auslandes geschehen, aber von Dauer könne dadurch eine Gleichgewichtslage nicht herbeigeföhrt werden. Man dürfe die Endabrechnung deshalb nicht hinausschieben.

Nach der Statistik der Reichsbank seien seit Annahme des Dawesplans 5 1/2 Milliarden Mark langfristige Auslandsanleihen aufgenommen worden. Man dürfe annehmen, daß die gesamte kurzfristige Auslandschuld nicht viel geringer sei, so daß

die gesamte Auslandsverschuldung auf 10 Milliarden Reichsmark beziffert

werden könne. Diese Auslandschuldenlast erfordere heute bereits an Zinsen und Tilgungsraten jährlich 4 Milliarden Reichsmark. Rechnet man dazu, daß im laufenden Reparationsjahr annähernd 1 Milliarde Reichsmark zu übertragen seien, so ergebe sich schon heute eine jährliche Zahlungspflicht von einigen Milliarden.

Es sei nun die Frage sehr berechtigt, ob wir fortfahren sollen, Auslandskredite aufzunehmen. Diejenigen, die da erklärten, wir brauchten Auslandsanleihen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft und zur Versorgung unseres Geldmarktes, bedächten meist nicht, daß für jeden Dollar, den wir in Amerika aufnehmen, deutsche Waren nach Amerika exportiert werden müssen. Gewiß bestehe die Möglichkeit, die aufgenommenen Dollars der Reichsbank zu geben mit dem Erwischen, dagegen Banknoten auszugeben. Ein erheblicher Teil der im Besitz der Reichsbank befindlichen zwei Milliarden Reichsmark an Gold und Devisenbeständen rührten bereits aus diesem Umtausch her. Dieser ließe sich aber nur bis zu einer bestimmten Grenze fortsetzen, da sonst notwendig aus der Kapitalbereicherung eine neue Inflation entstehen müßte. Man müsse also einen anderen Weg suchen, um Kapital in Deutschland anzureichern. Dieser Weg könne nur der heimische Kapitalbildung sein, d. h.

gesteigerte Produktionsleistung und gesteigerte Spartätigkeit.

Durch gesteigerte Produktionsleistung werde der Export vermehrt und der Import vermindert, und durch die steigende Spartätigkeit müsse ein Teil der verloren gegangenen Kapitalien aus eigener Kraft ersetzt werden. Die öffentliche Hand müsse man dringen ermahnen, mit Auslandsanleihen zurückhaltend zu sein; denn von den 5 1/2 Milliarden im. entfielen 2 1/2 Milliarden im. allein auf die öffentliche Hand, davon wieder reichlich 900 Millionen auf das Reich und knapp 300 Millionen im. auf staalich oder kommunal garantierte Anleihen, während der Rest von 1300 Millionen im. zur Hälfte auf die Länder und zur Hälfte auf die Kommunen und Kommunalverbände entfalle.

Zwar habe die Reichsbank kein Recht, in die öffentliche Finanzpolitik sich einzumischen, aber wenn die Währung gefährdet sei, so müsse die Reichsbank pflichtgemäß rechtzeitig warnen.

Der Reichspost fehlen 100 Millionen.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am Sonnabend zusammen, um u. a. Beschluß zu fassen über die Aufbringung von 100 Millionen Mark, die noch für die beschlossene Erhöhung der Beamtensgehälter, für die bereits laufende Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse und der Tariflöhne der Arbeiter sowie für zahlreiche Betriebsverbesserungen benötigt werden. Die im August d. J. vorgenommene Erhöhung der Postgebühren hat zwar eine Mehreinnahme von nicht ganz 200 Millionen Mark erbracht, jedoch steht diesem Aufkommen ein Mehraufwand von rund 300 Millionen Mark gegenüber. Die fehlenden 100 Millionen sollen durch Vereinfachungen und Ersparnisse beschafft werden, eine neue Gebührenerhöhung kommt auf keinen Fall in Frage. Im Zusammenhang hiermit erfolgte auch eine Besprechung der Richtlinien für die Durchprüfung des Betriebes der Deutschen Reichspost durch den Sparkommissar. Weiter beschäftigte sich der Verwaltungsrat mit der Herabsetzung des Strafportos und dem Ausbau des Kraftpostbetriebes sowie der Motorisierung der Landbestellung, wozu allerdings in manchen Gegenden noch eine erhebliche Verbesserung des Straßennetzes erforderlich wäre.

Gegen die geplante Kraftfahrzeugsteuer

Der Automobilklub von Deutschland hatte in Berlin eine Sitzung der Vereinigung der Spitzenverbände des Kraftfahrwesens, welcher alle maßgebenden Wirtschafts- und Sportverbände auf dem Gebiete des Kraftfahrwesens, insgesamt 22, angehören, einberufen.

Von allen Vertretern der Verbände wurden die im Regierungsentwurf vorgesehenen Steuerföhre als untragbare Belastung der Kraftfahrzeughalter und der gesamten Wirtschaft und als entwicklungshemmend für Handel und Gewerbe bezeichnet.

Zum Schluß der Versammlung wurde folgende Entschlieung angenommen: Die unterzeichneten 22 Verbände, welche in der Vereinigung der Spitzenverbände des Kraftfahrwesens zusammengeschlossen sind, haben in der Sitzung vom 17. November einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Unbeschadet der Stellungnahme der einzelnen Verbände zu einer später erwarteten endgültigen Neuregelung der Besteuerung der Kraftfahrzeuge vertreten die unterzeichneten 22 Verbände einstimmig die Ansicht, daß die in dem Regierungsentwurf eines Kraftfahrzeug-Steuergesetzes vorgesehenen Steuerföhre bei weitem zu hoch erscheinen.

Die unterzeichneten Verbände beantragen daher, zukünftig vor der Erhebung eines 25prozentigen Zuschlages zur Kraftfahrzeugsteuer Abstand zu nehmen.

Sie beantragen weiter, die Steuerföhre selbst auf diejenigen Steuerföhre zu ermäßigen, welche der Reichsverband der Automobilindustrie in seiner bekannten Denkschrift vorgeschlagen hat, d. h. für Motorräder 8 M. für je 125 Kubikzentimeter, für Personenkraftwagen 10 M. für je 100 Kubikzentimeter, für Lastkraftwagen 12,50 M. für je 100 Kilogramm.

Die unterzeichneten Verbände vertreten einstimmig die Ansicht, daß unter Berücksichtigung der für das Jahr 1928 erwarteten verstärkten Bestandszunahme der Kraftfahrzeuge das von der Regierung im Gesetzentwurf vorgesehene Steuer-aufkommen für das Jahr 1928 auch bei diesen Sähen erreicht wird.

Die wirtschaftlichen Nöte des deutschen Viehhandels

Hannover, 19. November. In einer vom Norddeutschen Viehhändlerverband einberufenen Konferenz von

